

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landtagspräsident KommR Viktor Sigl**

**Landtagspräsidentin Britta Stark (Brandenburg)**

**Landtagspräsident Mag. Harald Sonderegger (Vorarlberg)**

und **Bundesrechnungshof-Präsidentin Dr.<sup>in</sup> Margit Kraker**

am 21. November 2016

zum Thema

### "Moderne Demokratie: Verstärktes Engagement der Landesparlamente"

Politische Bildung – Kontrolle & Transparenz – Internationale Vernetzung

**Weitere Gesprächsteilnehmer/innen:**

- Landtagsdirektor Mag. Dr. Wolfgang Steiner

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

***Rückfragen-Kontakt:***

***Mag. Stefan Neißl (+43 732) 77 20-117 44 (+43 664) 600 72-117 44***

„Politische Bildung - Kontrolle & Transparenz – Internationale Vernetzung“ - diese drei Bereiche verlangen Landesparlamenten – egal ob in Österreich, Deutschland oder Südtirol – ständig verstärktes Engagement ab.

### **Politische Bildung**

In einigen Tagen findet die Wiederholung der Stichwahl der Bundespräsidentenwahl und 2018 die Nationalratswahlen statt. Über 6,38 Millionen Menschen sind dabei wahlberechtigt. „Jede und jeder sollte nicht nur bei den Wahlen vom Recht der Mitbestimmung Gebrauch machen sondern sich auch aktiv an der Gestaltung seiner Umgebung beteiligen. Denn mit der Demokratie ist es wie mit unserer Gesundheit – solange alles in Ordnung ist, gibt man ihr nicht die notwendige Beachtung“, so Sigl.

Ein besonderer Schwerpunkt ist deshalb die politische Bildung und Demokratievermittlung - speziell für Jugendliche. „Wir Politikerinnen und Politiker müssen selber verstärkt als „Botschafter“ in Sachen politische Bildung aktiv werden. Politische Bildung bekommt in Zeiten von Terrorismus und steigender Radikalisierung immer mehr Bedeutung. Bürgernähe und spezielle jugendgerechte Projekte sollen die jungen Menschen für Politik und aktives Mitgestalten begeistern. Ein Grund, auch über den Tellerrand in die Nachbarbundesländer und Nachbarländer zu blicken und Erfahrungen auszutauschen“, betont Sigl.

### **Gründung der Arbeitsgruppe „Jugendprojekte in den Landesparlamenten“**

Die Aufgabe, Jugendliche zu informieren meistern die Landesparlamente von Deutschland, Südtirol und Österreich mit ganz unterschiedlichen Formaten, Projekten und Veranstaltungen. Bei der gemeinsamen Landtagspräsidenten-Konferenz in Rostock-Warnemünde vor einem Jahr wurde die Arbeitsgruppe „Jugendprojekte in Landesparlamenten“ gegründet. Ziel ist, sich über Best-Practice-Beispiele der einzelnen Landtage auszutauschen und bewährte Projekte für die weitere Erhöhung der Qualität und Effektivität der Jugendarbeit zu nutzen. Oberösterreich übernimmt die Koordinierung der Arbeitsgruppe auf österreichischer Seite, Hessen und Hamburg auf der deutschen.

Die ersten gemeinsamen Projekte befinden sich bereits in Finalisierung, wie etwa eine gemeinsame Online-Projektdatenbank, die allen Landtagen in Deutschland, Österreich und Südtirol zur Verfügung steht. „Jedes Parlament profitiert von den Ideen der anderen. Ein neuer Schwerpunkt beim nächsten Treffen im Jänner in Oberösterreich werden Projekte für die Gruppe der Berufsschülerinnen und Berufsschüler sein“, so Sigl.

### **Jugendliche für Politik und Demokratie begeistern**

„Wir möchten Schülerinnen und Schüler zum politischen Denken anregen, zum aktiven Mitwirken motivieren und ihnen das Thema Demokratie mit all seinen Vor- und Nachteilen, Pflichten und Chancen nahelegen und vor allem die Distanz zur Politik abbauen“, so Sigl. Deshalb besucht er regelmäßig speziell die Berufsschulen und Berufsbildenden Schulen Oberösterreichs und diskutiert dabei mit den jungen Leuten über Demokratie, die Landespolitik und deren Aufgaben. Weitere Projekte des Oö. Landtags im Bereich der politischen Bildung sind:

#### „Werkstatt für Demokratie in OÖ“

Seit 2014 erforschten in drei Workshop-Wochen rund 1.100 Jugendliche zwischen 10 und 15 Jahren im Rahmen der „Werkstatt für Demokratie in Oberösterreich“, wie Politik und Demokratie funktionieren. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich mit den demokratischen Strukturen, der Bedeutung der Mitbestimmung und Beteiligung sowie den Aufgaben des Landtags. Um die Jugendlichen darüber bestens aufzuklären, stehen Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien Rede und Antwort.

#### Plattform Politische Bildung des Kärntner Landtags

Die Plattform [www.plattform-politische-bildung.at](http://www.plattform-politische-bildung.at) ist eine Initiative des Kärntner Landtags und bietet einführende und vertiefende Beiträge, Arbeitstexte und Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler. Ziel ist es, für Jugendliche möglichst informative und interaktive Informationen zur Verfügung zu stellen, die Interesse an politischen Fragen und das Verstehen von Zusammenhängen und Wirkungsweisen von politischen Entscheidungen erwecken.

### Linz-Aktion und Workshops

Jedes Jahr nehmen rund 7.000 Kinder an der Linz Aktion des Landes OÖ – ein fixer Bestandteil im Lehrplan der 4. Klasse Volksschule - teil. Am Programm steht neben den beliebtesten Sehenswürdigkeiten auch die Besichtigung des Landhauses. Bei der Führung – durchgeführt von den „austria guides“ - wird Politik im Landtagssitzungssaal zu einem spannenden Thema. „In einem Workshop haben wir gemeinsam mit den austria guides moderne und jugendgerechte Möglichkeiten der Vermittlung von Politik und Demokratie mit Beispielen erarbeitet“, so Sigl. Ein ähnlicher Workshop wurde auch mit Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt.

### **Kontrolle und Transparenz**

Im Verfassungsausschuss des Nationalrates wird derzeit ein Bundesverfassungsgesetz über die Informationsfreiheit diskutiert. Zentrale Inhalte des Verfassungsgesetzes sollen sein:

- umfassende Zugänglichkeit zu den Ergebnissen des staatlichen Handelns
- rasche Hilfestellung bei Auskunftsbegehren sowie
- Maßnahmen zur Erleichterung und Gewährleistung der Akteneinsicht.

„Natürlich bekennen sich alle Landtage zur umfassenden Transparenz des staatlichen Handelns, insbesondere im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens, sowie zur Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger. Das sind wesentliche Merkmale eines modernen Demokratieverständnisses. Wir möchten aber gemeinsam darauf hinweisen, dass durch die geplante Verfassungsnovelle, vor allem im Zuge der Abschaffung des Amtsgeheimnisses, nicht unerhebliche Auswirkungen entstehen können. Diese und noch etliche Fragen müssen unbedingt noch geklärt werden“, so Sigl und fordert, dass die Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten in den Diskussionsprozess einbezogen werden.

Mit dem Bundesrechnungshof und dem Landesrechnungshof verfügen die Landesparlamente über Einrichtungen, die unabhängig die Regierung und Gemeinden kontrollieren und Verbesserungsmaßnahmen aufzeigen. Ein ständiger Austausch der Landesparlamente mit den Kontrolleinrichtungen ist deshalb unabdingbar. Ein Grund mehr, die neue BRH-Präsidentin zur Landtagspräsident/innen-Konferenz einzuladen.

## **BRH-Präsidentin Dr.<sup>in</sup> Margit Kraker**

### **Zusammenarbeit RH und Landtage**

Wirkungsvolle Beratung des Nationalrates und der Landtage als ein zentrales Ziel des Rechnungshofes (RH): Der RH strebt als Bund-Länder-Gemeinde-Organ gute Zusammenarbeit mit den Landtagen an. Um zu messen, wie die Arbeit angenommen wird, hat der RH einen Feedback-Fragebogen erarbeitet, den der RH allen Abgeordneten in den kommenden Tagen übermitteln wird. Es ist geplant, die Abgeordneten alle drei Jahre zu befragen, damit der RH optimale Arbeit für die parlamentarischen Entscheidungsträger leisten kann.

### **Behandlung von RH-Berichten in Landtagsgremien**

Der RH steht bei der Behandlung von RH-Berichten in den für Angelegenheiten der Finanzkontrolle eingerichteten Ausschüssen der Landtage im Rahmen seiner Beratungstätigkeit für Auskünfte umfassend zur Verfügung. Mit seinen Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen bietet der RH den Abgeordneten eine fundierte Entscheidungsgrundlage. Eine Rolle bei dieser Kooperation spielt auch die technische Entwicklung, wie die Teilnahme des RH an Ausschusssitzungen mittels Videokonferenz. Ziel ist es, dass die Abgeordneten die für ihre Entscheidungsfindung erforderlichen Informationen zu den RH-Berichten erhalten.

### **Kooperation der Rechnungshöfe**

Bei der jährlichen Konferenz der Rechnungshöfe, die erstmals am 11. November 2016 im RH stattfand, werden die Prüfungspläne der externen Finanzkontrolle abgestimmt. An der Konferenz nahmen die Direktoren aller neun Landesrechnungshöfe und das österreichische Mitglied des Europäischen Rechnungshofes teil. Das ermöglicht uns ganz gezielt, die Effizienz der Kontrolle zu steigern und gemeinsame Schwerpunkte auf Bundes-, Länder- und EU-Ebene zu setzen. Zur gemeinsamen Aus- und Weiterbildung im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle wird ein Konzept für eine qualitätsvolle und praxisnahe Grundausbildung erstellt. Der Erfahrungsaustausch mit den Landesrechnungshöfen erfolgt zum Beispiel bei Gemeindeprüfungen und bei der Umsetzung der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung neu.

## **Internationale Vernetzung**

Internationale Vernetzung und Internationalisierung stellen die dritte Herausforderung einer modernen Demokratie dar. Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Landesparlamente und Botschaftern aus der ganzen Welt fungieren oftmals als Türöffner für die Wirtschaft und sind daher für Österreich, speziell für Oberösterreich, enorm wichtig. „Die Exportzahlen zeigen unter anderem die Bedeutung Deutschlands für Oberösterreich und umgekehrt. Ausfuhren in Höhe von 12,9 Mrd. Euro stehen Einfuhren von 11,2 Mrd. Euro gegenüber. Mit Abstand Platz 1 – gefolgt von der USA mit rund 2,5 Mrd. Euro an Ausfuhren“, so Sigl.

## **Landtagspräsident Mag. Harald Sonderegger**

Vorarlberg übernimmt am 1. Jänner 2017 von Oberösterreich den Vorsitz der österreichischen Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten. Vorarlberg wird Anfang Juni auch das Gastland der alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz aller deutschen und österreichischen Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten sowie des Südtiroler Landtagspräsidenten sein. Den Vorsitz dabei haben Landtagspräsident Mag. Harald Sonderegger und Landtagspräsidentin Britta Stark aus Brandenburg. „Die Vorbereitungen auf die gemeinsame Konferenz sind bereits angelaufen. Im Rahmen der gemeinsamen Konferenz werden wir unter anderem weitere Best-Practice-Beispiele im Bereich der politischen Bildung austauschen, neue Arbeitsaufträge erteilen und gemeinsame politische Positionen in Rahmen einer „Feldkircher Erklärung“ abstimmen“, erklärt Sonderegger.

## Pressemitteilung

Potsdam, 21. November 2016 / 153

### **Wachsender Europa-Skepsis begegnen – Stark forciert erhöhten Einfluss der Länderparlamente**

Wie bei der Staffelübergabe angekündigt, setzt sich Brandenburgs Landtagspräsidentin Britta Stark als Vorsitzende der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates dafür ein, den Parlamenten auf Landesebene frühere und stärkere Möglichkeiten der Einflussnahme auf die europäische Gesetzgebung zu verschaffen. Gegenwärtig nimmt sie an der österreichischen Präsidentenkonferenz in Bad Leonfelden (Oberösterreich) teil. Diese bereitet den Weg für einige zentrale Inhalte der im Juni 2017 im Nachbarland stattfindenden deutsch-österreichischen Konferenz. Gemeinsame Ausrichter sind dann die Landtage Brandenburgs und Vorarlbergs.

Anknüpfend an die im Rahmen der Wiesbadener Tagung (Juni 2016) unter den deutschen Parlamentspräsidentinnen und –präsidenten getroffenen Verabredungen wirbt Stark dieser Tage in Österreich für eine die nationalen Grenzen überschreitende Vernetzung der regionalen Parlamente. Angestrebt werden institutionalisierte Austausch- und Abstimmungsprozesse zu europapolitischen Themen und zur Agenda der EU-Gesetzgebung und damit die länderübergreifende Bündelung von Wissen und Ressourcen. Die Weiterentwicklung des bestehenden Frühwarnsystems soll die regionalen Parlamente befähigen, bereits im Anfangsstadium von EU-Gesetzesvorhaben auf die Berücksichtigung der spezifischen Länderbedürfnisse hinzuwirken. Zu weiteren konkreten Ansatzpunkten und Zielen äußerte sich Stark heute bei einer Pressekonferenz in Bad Leonfelden:

*„Ich bin überzeugt, dass der intensive Dialog zwischen den Landtagen und der EU einen Beitrag dazu leisten kann, strukturelle Demokratiedefizite im europäischen Mehrebenensystem abzubauen. Gerade in Zeiten wachsender Europa-Skepsis ist die Stärkung der regionalen Parlamente von großer Bedeutung für die demokratische Verankerung der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund ersuchen wir die Teilnahme eines hochrangigen EU-Kommissions-Vertreters an den alle zwei Jahre stattfindenden deutsch-österreichischen Konferenzen. Gleichzeitig fordern wir den frühzeitigen Erhalt relevanter EU-Dokumente in deutscher Sprache.“*

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

Dr. Mark Weber  
Pressesprecher des Landtages

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002  
Mobil 0177 30 67 565  
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de